

Antrag

der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Konsequenzen einer möglichen Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Beschäftigte und welche Technologiesparten jeweils auf die baden-württembergischen Unternehmensstandorte Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt entfallen;
2. welchen Stellenwert sie dem deutschlandweit zweitgrößten Unternehmensstandort Mannheim für die Beschäftigungs- und Industriestruktur der Region und welche Zukunftsperspektiven sie den Geschäftsfeldern des Unternehmens für den Industrie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg beimisst;
3. wie sie die Risiken aus der aktuellen Übernahmediskussion für die baden-württembergischen Unternehmensstandorte Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt beurteilt;
4. wie sie die diesbezügliche Erklärung des Konzernbetriebsrats des Unternehmens und der IG Metall-Vertreter im Aufsichtsrat der deutschen Unternehmens-Holding mit Hinblick auf die baden-württembergischen Standorte und die Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfung im Land bewertet;
5. welche Gespräche und Initiativen der Finanz- und Wirtschaftsminister vor dem aktuellen Hintergrund der Übernahmediskussion um die Zukunft der baden-württembergischen Unternehmensstandorte geführt hat und mit welchem Ergebnis;

6. mit welchen Maßnahmen und Initiativen sie den Industrie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg in den Technologiefeldern, in denen der Industriekonzern tätig ist, stärkt und sichert.

16. 05. 2014

Dr. Fulst-Blei, Schmiedel, Funk, Storz, Haller, Hofelich, Maier, Stober SPD

Begründung

Der Übernahmepoker zwischen dem amerikanischen und deutschen Konkurrenten sowie der französischen Regierung um den französischen Industriekonzern hat weitreichende Implikationen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens in Baden-Württemberg. Möglicherweise stellt eine Übernahme eine Bedrohung für die Arbeitsplätze und Unternehmensstandorte im Land dar. Ziel dieses Berichtsanspruchs ist es zu erfahren, wie die Landesregierung die Auswirkungen einer möglichen Übernahme des Konzerns bewertet und wie sie bisher darauf reagiert hat.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 11. Juni 2014 Nr. 7–4206.11/231 nimmt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

- 1. wie viele Beschäftigte und welche Technologiesparten jeweils auf die baden-württembergischen Unternehmensstandorte Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt entfallen;*

Zu 1.:

Der französische Weltkonzern hat nach Unternehmensangaben im Geschäftsjahr 2013/2014 in rund 100 Ländern 93.000 Beschäftigte, davon 8.700 in Deutschland. Die 2.306 Beschäftigten in Baden-Württemberg verteilen sich auf die Standorte Mannheim (1.724), Stuttgart (567), Waibstadt (10) und Konstanz (5).

Mannheim ist der Hauptsitz für die deutschen Unternehmensstandorte sowie Fertigungsstätte von Gas- und Dampfturbinen. In Stuttgart ist das Unternehmen an zwei Standorten vertreten; der Schwerpunkt liegt auf Dampferzeugern sowie dazugehörigem Engineering und Service. In Konstanz fertigt das Unternehmen Leistungselektronik und in Waibstadt werden mit seiner süddeutschen Werkstatt-Außenstelle alle Leistungen für kleine Rangierlokomotiven und andere Sonderfahrzeuge angeboten.

2. *welchen Stellenwert sie dem deutschlandweit zweitgrößten Unternehmensstandort Mannheim für die Beschäftigungs- und Industriestruktur der Region und welche Zukunftsperspektiven sie den Geschäftsfeldern des Unternehmens für den Industrie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg beimisst;*

Zu 2.:

Das Unternehmen ist nach eigenen Angaben weltweit führend im Bau von Anlagen und Produkten für die Stromerzeugung, Energieübertragung und Schieneninfrastruktur und will Maßstäbe für innovative und umweltfreundliche Technologien setzen. Zusätzlich bietet es auch Lösungen und Dienstleistungen für schlüsselfertige Kraftwerke, die Strom aus Wind, Solarwärme, Wasser, Gas und Kohle erzeugen, an. Im Bereich Energieübertragung liegt der Schwerpunkt des Unternehmens auf der Entwicklung von intelligenten Lösungen sogenannter „Smart Grids“, intelligenten Systemen zum Lastmanagement vernetzter Stromerzeugung mit Speichern und Verbrauchern durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien.

Das Unternehmen verfügt damit nach Ansicht des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft über hohe Kompetenzen in Schlüsseltechnologien für Klimaschutz, Energiewende und nachhaltige Mobilität.

Der Finanz- und Wirtschaftsminister verfolgt deshalb intensiv die derzeitigen Übernahmeversuche des Unternehmens bzw. den Verkauf der Kraftwerkssparte. Mannheim ist mit 1.724 Unternehmensmitarbeitern dort einer der zehn größten Arbeitgeber. Bei einem Verkauf ist auch an den Standorten Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt ein Arbeitsplatzabbau nicht ausschließbar mit möglichen Auswirkungen auch auf Zulieferer, Dienstleister, Wissenschaft und die Wirtschaftskraft in den Regionen.

3. *wie sie die Risiken aus der aktuellen Übernahmediskussion für die baden-württembergischen Unternehmensstandorte Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt beurteilt;*
4. *wie sie die diesbezügliche Erklärung des Konzernbetriebsrats des Unternehmens und der IG Metall-Vertreter im Aufsichtsrat der deutschen Unternehmens-Holding mit Hinblick auf die baden-württembergischen Standorte und die Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfung im Land bewertet;*
5. *welche Gespräche und Initiativen der Finanz- und Wirtschaftsminister vor dem aktuellen Hintergrund der Übernahmediskussion um die Zukunft der baden-württembergischen Unternehmensstandorte geführt hat und mit welchem Ergebnis;*

Zu 3., 4. und 5.:

Bei einer Übernahme bzw. dem Verkauf der baden-württembergischen Sparten kann bei schon vorhandenen Kompetenzen und Geschäftsfeldern potenzieller Käufer aus dem gleichen Marktsegment nicht ausgeschlossen werden, dass nur ausgesuchte Leistungen des jetzigen Unternehmens, die zum Portfolio des jeweiligen Käufers passen, übernommen würden. Insoweit könnten die in Ziffer 2 genannten Kompetenzen und Arbeitsplätze an den baden-württembergischen Standorten innerhalb einer neuen zukünftigen Konzernzugehörigkeit eine Relativierung und Neuordnung erfahren. Die Auswirkungen können zu gegebener Zeit von den Partnern in der regionalen Strukturpolitik wie beispielsweise den Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften oder den Arbeitsagenturen am ehesten konkretisierend abgeschätzt werden. Erkenntnisse dazu können Anlass geben, bereits in Gang befindliche regionale Entwicklungsprozesse entsprechend neu auszurichten oder solche zu starten.

Nach Bekanntwerden des Kaufangebots durch einen US-Konzern Ende April 2014 und dem Eintritt eines weiteren, deutschen Unternehmens in den Bieterkampf hat sich der Finanz- und Wirtschaftsminister Anfang Mai 2014 mit Vertretern des Betriebsrats in Mannheim getroffen, um deren Einschätzungen der Lage aus erster Hand zu erfahren. Der Betriebsrat und die Belegschaft weisen – mittlerwei-

le öffentlichkeitswirksam mit Demonstrationen und Aktionen – darauf hin, dass auch die Beschäftigungsgarantie für die deutschen Standorte zum Jahresende 2014 gekündigt werden soll. Für den Finanz- und Wirtschaftsminister sind die Perspektiven einer möglichst nachhaltigen Unternehmenspolitik und Arbeitsplatzsicherung entscheidend. Ziel muss eine umfassende und möglichst langfristige Standort- und Beschäftigungsgarantie aller Standorte sein, ohne dass baden-württembergische, deutsche und internationale Standorte gegeneinander ausgespielt werden. In diesem Zusammenhang ist das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gerne bereit, auf der Grundlage konkreter Wirkungsanalysen und Strategievorstellungen mit den regionalen Partnern Gespräche zu führen, um die Entwicklungsperspektiven auszuloten.

Der Finanz- und Wirtschaftsminister führte auch konstruktive und vertrauensvolle Gespräche mit der deutschen Unternehmensleitung, dem französischen Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg, dem französischen Finanzminister Michel Sapin, dem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel MdB und Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. Er unterstrich dabei die Bedeutung der baden-württembergischen Standorte, schilderte die ihm vorgetragene Sorgen der Beschäftigten und machte deutlich, dass der Erhalt der Standorte in Baden-Württemberg Teil jeder Lösung sein müsse. Mit dem Erhalt könnte das Unternehmen beziehungsweise ein Nachfolger auch weiterhin von der innovativen Klimaschutz-, Energie- und Strukturpolitik des Landes Baden-Württemberg profitieren (siehe auch Ziffer 6).

6. mit welchen Maßnahmen und Initiativen sie den Industrie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg in den Technologiefeldern, in denen der Industriekonzern tätig ist, stärkt und sichert.

Zu 6.:

Baden-Württemberg ist die Innovationsregion Nr. 1 in Europa. Die Landesregierung Baden-Württemberg schafft und sichert damit Standortvorteile gegenüber ihren konkurrierenden Regionen.

Für den Finanz- und Wirtschaftsminister besteht eine wichtige Maßnahme zur Stärkung des Industrie- und Innovationsstandorts Baden-Württemberg in der Förderung und Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Forschung. Mit über 30 Einrichtungen der Innovationsallianz Baden-Württemberg, der Fraunhofer-Gesellschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) verfügt das Land in diesem Bereich über eine äußerst leistungsfähige Infrastruktur. Durch ihre Forschungstätigkeit erschließen die entsprechenden Einrichtungen neue für die Wirtschaft interessante Technologiefelder, bereiten Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung anwendungsorientiert auf und unterstützen die Unternehmen dabei, innovative Ideen in marktfähige Produkte und Verfahren umzusetzen. Wenn ein potenzieller Zukäufer des Unternehmens auf Zukunftstechnologien und -märkte setzen will, muss er nach Ansicht des Finanz- und Wirtschaftsministers auch auf Baden-Württemberg setzen.

Der Energie- und Transportbereich ist beispielsweise für viele der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen ein wichtiges Betätigungsfeld. Energieforschung wird insbesondere am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Stuttgart und Ulm, am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg sowie an den DLR-Instituten für Technische Thermodynamik, für Verbrennungstechnik und für Solarforschung in Stuttgart betrieben. Mit Fragen der Verkehrs- und Transporttechnik befassen sich u. a. das Fraunhofer-Institute für Kurzzeitdynamik in Freiburg, die Fraunhofer-Projektgruppe Neue Antriebssysteme in Karlsruhe und das DLR-Institut für Fahrzeugkonzepte in Stuttgart.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft unterstützt diese Einrichtungen institutionell und trägt zudem durch die Förderung von Baumaßnahmen und Geräteinvestitionen zur Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur bei.

Neben der Förderung der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur stärkt die Landesregierung den Industrie- und Innovationsstandort durch eine Reihe von Förderprogrammen (Innovationsgutscheine, Innovationscoaching, Technologietransferbeauftragte, etc.), die auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen im Land abzielen.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft unterstützt und begleitet zudem mit seiner Clusterpolitik den Strukturwandel als Teil der Innovations- und Mittelstandspolitik. Den Unternehmen, insbesondere auch den kleinen und mittleren, stehen vor Ort mit über 120 regionalen Clusterinitiativen zusammen mit einem flächendeckenden Technologietransfersystem der Steinbeis-Stiftung ein umfassendes und dichtes Netz zur Verfügung, das ihnen Chancen zur Teilnahme am Innovationsfortschritt öffnet. Weitere Informationen dazu, gerade auch zu den angefragten Kompetenzfeldern, können über das Clusterportal Baden-Württemberg abgefragt werden (<http://www.clusterportal-bw.de/technologiefelder/technologiefelder-detailseite/energie/clusterdb/Innovationsfeld/show/>).

So konnte das Unternehmen beispielsweise an der vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Rahmen der EU-Regionalförderung 2007 bis 2013 geförderten Cluster-Initiative „Energie & Umwelt“ in der Metropolregion Rhein-Neckar partizipieren, in der sich namhafte Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und weitere regionale Netzwerke seit Jahren im Energie- und Umweltbereich engagieren. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Kontext auch regionale Netzwerke wie beispielsweise die Energie-Effizienz-Agentur E2A, das Umweltkompetenzzentrum Rhein-Neckar (UKOM) oder die Allianz für Wohnen, Umwelt und Beschäftigung (Urban Plus) sowie bestehende Energieagenturen in der Region. Solche Innovationsnetzwerke sind positive Standortfaktoren. Ein augenfälliges Beispiel dazu und für die hohe Innovationskraft der Region liefern die beiden Spitzencluster „Biotechnologie-Cluster Rhein-Neckar (BioRN)“ und „Forum Organic Electronics“, die beide als Sieger im Bundes-Spitzencluster-Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums 2008 prämiert wurden.

In Vertretung

Rebstock

Ministerialdirektor